

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bremen · Altenwall 25 · 28195 Bremen

Landesverband Bremen

Geschäftsstelle
Altenwall 25
28195 Bremen
Tel.: +49 (421) 3011 100
info@gruene-bremen.de

Bremen, 26. April 2023

Antwort auf Ihre Wahlprüfsteine

Sehr geehrter Herr Junk,

vielen Dank für die Einsendung Ihrer Wahlprüfsteine, die wir Ihnen hiermit beantworten. Wir freuen uns darauf, in der kommenden Legislaturperiode mit Ihnen im Austausch zu bleiben.

Mit freundlichen Grüßen,
Alexandra Werwath & Florian Pfeffer
Landesvorstandssprecher*innen

--

1. Erziehungsberatung ist kostengünstig und nachweisbar effektiv. Trotzdem ist Bremen eins der Länder mit der niedrigsten Personalquote pro Kindern und Jugendlichen in den Beratungsstellen. Wie positionieren Sie sich zu diesem Umstand?

Vor, während und auch nach der Pandemie hat sich stets gezeigt, wie wichtig die Einzelfallhilfe der Erziehungsberatungsstellen ist. Insbesondere für Alleinerziehende, Familien mit Migrationshintergrund oder im Transferleistungsbezug sind diese niedrighschwelligen und kostenfreien Angebote elementar wichtig, um die Familiensituation zu stabilisieren. Zudem kommt es zu vielen Nachfragen im Bereich Trennung und Scheidung, zu einem hohen Anteil durch Weitervermittlung durch das Familiengericht. Aus diesem Grund wollen wir Grüne die Erziehungsberatungsstellen finanziell und personell stärken, um so gleichzeitig auch das Jugendamt und das Hilfesystem zu entlasten. Auch das deutliche Bevölkerungswachstum an Kindern und Jugendlichen spricht im Übrigen dafür.

2. Wo verortet Ihre Partei Erziehungsberatung im Kontext der Hilfen zur Erziehung?

Die Angebote der Erziehungsberatungsstellen, einschließlich der präventiven, sind aus unserer Sicht ein unverzichtbares Instrument im Hilfesystem. Darüber hinaus besteht ein gesetzlicher Anspruch für diese kosten- und antragsfreie Form der Hilfen zur Erziehung. Durch die hohe Fachlichkeit und Expertise bieten die Erziehungsberatungsstellen Familien Bewältigungsstrategien an und helfen ihnen, Handlungsmöglichkeiten zu erweitern, so dass weitere intensivere Hilfeformen umgangen werden können. Das heißt, die elternunterstützende und präventive Arbeit entlastet das Jugendamt deutlich und ist im Rahmen der Hilfen zur Erziehung eine der am häufigsten in Anspruch genommene Hilfen.

3. Die Wartelisten in den Beratungsstellen betragen mehrere Monate. Wie kann sichergestellt werden, dass Beratung kurzfristig und wohnortnah verfügbar ist und mehr Bremer Familien die Unterstützung durch Erziehungs- und Familienberatung nach §28 SGB VIII in Anspruch nehmen können?

Die langen Wartelisten müssen so schnell wie möglich abgebaut werden. Langfristige Folgen der Nicht-Beratung müssen verhindert werden. Gerade nach Corona ist der Bedarf an Unterstützung stark gestiegen, so dass wir alles dafür tun müssen, Ratsuchenden schnelle Hilfe und Unterstützung zukommen zu lassen. Wie unter Frage 1 beschrieben, werden wir die Erziehungsberatungsstellen finanziell und personell stärken und setzen uns zudem für eine konzeptionelle Weiterentwicklung der Erziehungsberatungsstellen ein.

4. Die verschiedenen in der Leistungsbeschreibung der Beratungsstellen genannten Aufgabenbereiche können auf Grund der zu geringen Stellen im Bremer Stadtgebiet aktuell in der Praxis nicht vollumfänglich angeboten werden. Welche Ideen hat Ihre Partei, wie mit diesem Zustand umgegangen werden soll?

Die verschiedenen unterstützenden Angebote wie Gruppenarbeit, heilpädagogische Einzelmaßnahmen, die Trennungs- und Scheidungsberatung, die Empowerment-Angebote für junge Menschen usw. tragen entscheidend zum Erfolg bei, wenngleich diese präventiven Angebote bedauerlicherweise aufgrund der begrenzten Ressourcen kaum (noch) angeboten werden können. Dabei knüpfen gerade diese Angebote an den Lebenswelten der Ratsuchenden an, was wichtig für den Beratungsverlauf ist. Zu überlegen ist, inwiefern digitale Beratungsformate etabliert werden können und welchen Beitrag sie zur niedrigschwelligen Erreichbarkeit leisten können, insbesondere für Jugendliche. Aber auch der Aufbau der digitalen Beratung braucht finanzielle und personelle Ressourcen.

5. 2024 findet in Bremen die Wissenschaftliche Jahrestagung der bke statt, wesentlich organisiert von den Mitarbeitenden der Erziehungsberatungsstellen als Mitglieder der LAG. Wie sieht aus Ihrer Sicht die sinnvolle Unterstützung durch die Stadt Bremen als öffentlichen Träger der Beratungsstellen aus?

Dass die bke-Jahrestagung in Bremen stattfinden wird, begrüßen wir sehr. Unsere grüne Sozialsenatorin wird gerne die Schirmherrschaft und die Eröffnung übernehmen, sofern das Ergebnis der Wahl dies weiterhin ermöglicht. Bei inhaltlichen oder organisatorischen Fragestellungen stehen wir Grüne auch gerne für einen Austausch zur Verfügung. Vor oder während der Jahrestagung bringen wir uns gerne in die fachliche Diskussion über die (künftige) Bedeutung und Rolle der Erziehungsberatungsstellen im Jugendhilfesystem ein.

Sehr gerne hätten wir Grüne die Räumlichkeiten im Haus der Bürgerschaft für die Jahrestagung zur Verfügung gestellt. Jedoch kann die Gremienplanung erst nach der Wahl erfolgen, so dass eine externe Raumbelugung zum jetzigen Zeitpunkt leider nicht möglich ist.

6. Wissen über und Zugang zu Beratungsangeboten gestalten sich für Zugehörige verschiedener Gruppen unterschiedlich schwierig. Welche Ideen hat Ihre Partei konkret, um struktureller Benachteiligung zu begegnen?

Wir Grüne wollen insgesamt die Familienbildungsarbeit und Elternarbeit ausbauen. Die niedrigrschwelligigen Zugänge über die im Stadtteil etablierten Einrichtungen, wie die Häuser der Familien, Mehrgenerationshäuser, Mütterzentren etc., helfen bei der Vermittlung in passgenaue Angebote, wie z. B. zu den Erziehungsberatungsstellen. Insbesondere in den Quartieren mit hoher Armutsgefährdungsquote wollen wir diese präventiven Angebote der Elternarbeit stärken und dafür auch das Landesprogramm „Lebendige Quartiere“ nutzen. Darüber hinaus wurde auf grüne Initiative hin die Erstellung des Entwicklungsplans „Diversitätssensible Jugendhilfe im Land Bremen“ gestartet (Drucksache 20/1394). Daraus sollen Handlungsempfehlungen für die freie und öffentliche Kinder- und Jugendhilfe wie auch für die Jugendämter abgeleitet werden. Ziel ist es, durch diversitäts- und diskriminierungssensiblere Ansätze zukünftig besser auf Ratsuchende eingehen zu können und strukturelle Benachteiligungen abzubauen.